

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Preuss.-Berlin 2,50 M. im Voraus zahlbar, bei Colloquenz monatlich 2,50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Straßenschild 2,75 M. (Preussisch und Ostpreussisch), für das übrige Ausland 13.- M. jährlich Vorwärtszahlung.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2805 und 2806.

Die abgesetzten Morgen-Ausgaben oder deren Raum, sowie jede Wer-Anzeige, als auch die Anzeigen und Organisationsanzeigen werden laut anstehendem Anzeigen-Tarif berechnet. Interessante für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 7 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2805-06, 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stunden der Gefahr.

Nieder mit der Reaktion!

So mußte es kommen!

Heute nacht sollte die Regierung gestürzt und eine militärische Diktatur errichtet werden. Die Truppen aus Oberbayern, deren Kern die Volksturm-Soldaten bilden, sollten heute nacht nach Berlin marschieren und mit Hilfe eines Teils der Reichswehr, sich in den Besitz der Macht setzen. An der Spitze der ganzen Bewegung stand der General von Lüttwitz, einer der einflussreichsten Führer der Reichswehr.

Die Regierung selbst gesteht zu, daß die Bewegung einen großen Umfang angenommen habe und die Lage durchaus ernst zu beurteilen sei.

Das ist richtig. Aber wenn die Lage so bedrohlich geworden ist, so ist das in erster Linie die Schuld der Regierung, die es soweit hat kommen lassen, trotz aller Warnung und trotz der steten Häufung von Ereignissen, die deutlich zeigten, wohin die Politik Roskes führt und welche Zustände bereits in der Reichswehr eingegriffen sind.

Man hat Roske stets als starken Mann gepriesen. Aber Roske ist nicht stark, sondern nur brutal. Er ist weiches Wachs in den Händen der Offiziere und war stets taub und blind gegen die ungeheure Gefahr, die er über die Republik heraufbeschworen hat. Daß es soweit gekommen ist, sind die Folgen seiner Politik. Er hat den reaktionären Offizieren und Generalen jene Macht gegeben, er hat sie in jene Versuchung geführt, der sie erliegen mußten, er ist der Verantwortliche und der Hauptschuldige.

Unter seinem Augen wurde jene Agitation getrieben, die zu einer immer stärkeren Verlebung der Reichswehr geführt hat. Die monarchistischen Offiziere hatten völlig freie Hand. Im Reich Roskes war republikanische Gesinnung nachgerade eine Gefahr für ihren Vorgesetzten.

Eine schreckliche Vongromagitation verwirrte den Geist der Soldaten. Die Früchte haben wir schauernd erlebt. Alle bösen Instinkte waren entseelt worden. Reichswehrgoldaten sprengten unter Führung ihrer Offiziere Versammlungen und mißhandelten oder verwundeten die Teilnehmer. In Berlin wie in der Provinz wurden die Soldaten zu politischen Gewalttätigkeiten der infamsten Art von Offizieren angestiftet. Aber während Roske gegen sozialistische Arbeiter in Wort und Tat vor keiner Brutalität zurückschreckte, ließ er dieses Treiben sich immer mehr ausweiten, bis schließlich viele Offiziere den Zeitpunkt zu dem großen Schlag gekommen glaubten.

Daß sie den Moment für günstig hielten, ist schließlich begreiflich. Seit Monaten sind die Reaktionäre fieberhaft an der Arbeit, eine wilde nationalistische Agitation, von den Millionen der Schwerindustrie unterstützt, schloß unermessende Erregung. Die Regierung, die bisher nur den Kampf gegen links gekannt hat, ist feig und zögerlich. Sie hat versäumt, sich die wirklichen Machtpositionen zu sichern. Nicht nur die Verjüngung über das Militär ist in den Händen der Reaktionäre die ganze Bureaucratie und Justiz ist im wesentlichen noch die des alten Regimes. Die Regierung selbst hat der nationalistischen Agitation immer wieder Vorkurs geleistet. Sie hat, solange es irgend anging, die Wahrheit über die Kriegsschuld der deutschen Machthaber, über die Verbrechen der Kriegsverlängerer verunkelt. Sie hat die Macht der Arbeiterklasse geschwächt, die der Bourgeoisie und des Junkertums gestärkt.

Kein Wunder, daß die Militaristen glaubten, ihre Stunde wäre gekommen. Es ist bezeichnend, mit welcher Offenheit sie ihre Pläne berieten haben. Sie nahmen bei ihrer Agitation innerhalb der Reichswehr kein Blatt vor den Mund. Sie konnten sich eben darauf verlassen, daß die Stimmung bei den Truppen von den Offizieren gründlich vorbereitet war.

Wenn der Plan mißlingt, so deshalb, weil die politischen Führer der Reaktion im Gesamtstab zu den militäri-

schen den Bestimmt, die Macht zu übernehmen, noch nicht für gekommen erachtet. Sie sagen sich offenbar, daß für sie die Schwierigkeiten der auswärtigen Politik übergroß wären, und die Furcht der Deutschnationalen vor der Entente ist sicher heute noch das wirksamste Schutzmittel für die Republik, die die Regierung Bauer-Roske so wenig zu sichern weiß. Die deutschnationalen Führer halten es auch für klüger, die Verantwortung für die elenden wirtschaftlichen Zustände, die der Krieg zur Folge hat, anderen zu überlassen und bessere Verhältnisse abzuwarten. Deshalb fehlt dem Vorgehen gegen die Regierung in diesem Momente die Einheitslichkeit. Deshalb blieb der General v. Lüttwitz zunächst isoliert.

Noch vor wenigen Tagen hat Roske in seiner ruhigen Manier jede Gefahr und jede monarchistische Verfehlung der Reichswehr geleugnet. Jetzt wendet sich die Regierung selbst an die Öffentlichkeit, und vor allem an die Arbeiterschaft. Jetzt hofft sie von der Arbeiterschaft, daß sie sich gegen die Reaktion erheben und den Generalstreik proklamieren werde. Die Regierung Bauer-Roske appelliert an den Massenstreik, sie erinnert das Proletariat an seine revolutionäre Waffe! Sie tut das während des Belagerungszustandes, in einer Zeit, wo hunderte unserer Genossen in Schutzhaft gehalten werden.

Als der Belagerungszustand verhängt wurde, haben wir der Regierung gesagt, daß sie damit eine reaktionäre Gefahr heraufbeschwöre. Der Belagerungszustand legt die ausführende Gewalt in die Hände der monarchistischen Generale, der Feinde der Republik. Wagt die Regierung zu leugnen, daß wir Recht behalten haben?

Im übrigen: Wenn die reaktionären Herren ein Tanzlein wagen, wir spielen ihnen aus! Gegen die monarchistische Reaktion wird die revolutionäre Arbeiterschaft alle geeigneten Mittel anwenden, um sie niedergzuwerfen. Und in diesem Kampfe wird das deutsche Proletariat dafür zu sorgen haben, daß dieser elende Spieß der monarchistischen, nationalistischen und militaristischen Dreieinigkeit auf immer aus dem politischen Leben verschwindet.

Aber was will die Regierung tun? Sollen ein paar monarchistische Offiziere und einige nicht gerade bedeutende Politiker in Schutzhaft gesetzt werden und sonst alles beim alten bleiben?

Juristisch handelt es sich um den Tatbestand des vollendeten Hochverrats, den der General von Lüttwitz und mit ihm eine ganze Anzahl von Offizieren begangen haben. Politisch handelt es sich darum, daß der Bestand der Republik nicht länger mehr auf die Gnade monarchistischer Offiziere und auf das Bestehen der deutschnationalen Führer angewiesen sein darf. Gegen die Reaktion und für die Behauptung der Republik gibt es nur einen zuverlässigen Kämpfer, das sozialistische Proletariat. Seine volle Bewegungsfreiheit ist die Vorbedingung des Kampfes, der jetzt mit aller Energie geführt werden muß. Die verruchten Säbelhieben, die gewissenlosen Nationalisten haben allzu lange schon unter der Duldung der republikanischen Regierung ihr ständes Spiel treiben dürfen. Jetzt ist's genug!

Welche Mittel anzuwenden sind, muß sich für das revolutionäre Proletariat aus der Situation ergeben. Noch ist die unmittelbare Gefahr eines gewalttätigen Vorstoßes nicht vorüber. Aber was immer die nächsten Stunden im einzelnen bringen werden, die Gefahr hat einen Höhepunkt erreicht, der nicht überschritten werden darf. Sie muß unter allen Umständen niedrigergerungen werden. Die Arbeiterklasse muß zum klaren und entschlossenen Handeln bereit sein, die schleichende wie die gewalttätige Reaktion muß auf einen unüberwindlichen Wider-

Die Regierung über die Lage.

Vor den Vertretern der Presse machte gestern Abend Minister v. Giffa über die Lage folgende Mitteilungen:

Es müsse jetzt offen geredet werden, ironisch dürfe der Fall nicht mehr behandelt werden. Mit größter Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß die Bewegung einen größeren Umfang habe, als man zuerst dachte. Innerhalb der Reichswehr und der Sicherheitspolizei seien die führenden und verantwortlichen Stellen vollständig darüber im klaren, daß es sich um ein wahnsinniges Unterfangen handle, das von einzelnen Helden aufgezogen sei. Es gäbe eine große Anzahl Leute, besonders Offiziere, die durch den Krieg und die Revolution an ihrer persönlichen und materiellen Stellung eine Einbuße erlitten hätten. Die Mehrzahl von ihnen besäße aber ein tiefes patriotisches Empfinden, wenn sie auch politisch noch nicht genügend geschult seien. Man sei nun an einzelne Truppenteile und an die noch existierenden Volksturmformationen heranzutreten, um ihnen klar zu machen, daß das Reich durch die Unfähigkeit der Regierung in die jetzige Lage gekommen sei. Man habe ihnen gesagt, daß man keinen Umsturz und auch keine Gewaltanwendung wolle, sondern lediglich die Befreiung von bestimmten Ministern durch Sachleute durchzusetzen beabsichtige. Mit diesem Gedanken habe man eine Masse von Persönlichkeiten gefördert, die einem gewalttätigen Umsturz ablehnend gegenüberstünden hätten.

Bei der Reichswehr gebe es eine große Zahl von Offizieren und Mannschaften, die nicht überzeugte Republikaner seien, die aber eine Orientierung nach der Mitte vorgenommen hätten. Die Mehrzahl der denkenden Offiziere seien im Augenblick nicht für die Republik oder die Monarchie, sondern sie wollten mit den gegebenen Möglichkeiten rechnen. Sie wollten an den Versuch teilnehmen, durch gemeinsame Arbeit den Gesundungsprozess des Reichs zu fördern. Sie werden froh sein, wenn alle Leute, die die organische Entfaltung gewollt haben wollen, auch großen Anteil, mit denen sie sonst zusammengestanden haben. Die politische Schulung in dieser Hinsicht sei nicht jedem zuteil geworden, daher sei die jetzige Bewegung härter geworden, als man zu Anfang annehme.

Es sei natürlich, daß die Regierung erst jetzt davon erfahren habe, es handle sich ja bei der jetzigen Bewegung nicht um Führer von Spartakisten und Unabhängigen, die in der Organisation solcher Dinge keine Erfahrung hätten, sondern leider um erstklassige Herren, die in der militärischen Organisation außerordentlich bewandert seien. Einem kleinen Kreis war es klar, was er wollte; er konnte die Anordnungen geben, ohne das etwas davon in die Öffentlichkeit drang. Die Regierung sehe nun in der brutalen Offenheit, mit der die Lage geschildert werde, das letzte Mittel, das noch helfen könne. Es sei eine Kleinigkeit, mit 1500 bis 2000 Mann Berlin in der Nacht zu besetzen, es müsse aber verhindert werden, daß es so weit komme. Der Reichswehrminister Roske habe Beschlüsse ergehen lassen, mit aller Waffengewalt jedes Eindringen in Berlin zu verhindern. Selbst wenn das Unternehmen gelingen sollte, so bestände kein Zweifel, daß es nicht von langer Dauer sein, sondern daß zusammenbrechen würde. Es werde keine Eisenbahn mehr fahren, keine Kohle würde mehr gefördert werden, keine Lampe würde brennen. Um es nicht dahin kommen zu lassen, werde die Regierung folgendermaßen handeln:

1. Gegen Waffengewalt werde die Waffe gebraucht werden.
2. Die Organisation des Putzsches müsse zerfallen werden. Eine Anzahl führender Personen sei bereits in Schutzhaft genommen worden.
3. Mit voller Offenheit solle die Lage geschildert werden. Nur mit solchen Mitteln werde es gelingen, den absoluten Ruin des Landes zu verhindern.

General von Lüttwitz habe mit voller Offenheit dem Reichswehrminister seine Ansicht gesagt. Er könne nicht auf seinem Soldaten bleiben, so lange er bei seinen Auffassungen bleibe. Man dürfe aber nicht vergessen, welche Verdienste sich General von Lüttwitz vor Jahrzehnten um die Rettung Berlins und des Reichs erworben habe.

Der deutsche Minister des Innern, Seino, werde die Einwohnerwehr aufrufen, damit sie verhindere, daß bei etwaigen nächtlichen Zusammenstößen dem Gefährdeten Schaden zugefügt werde, sich zu bereichern.

Die von militärischer Seite noch mitgeteilt wird, gehe der Aufstand nicht von der Reichswehr aus, sondern es sei von

außenstehenden Elementen in die Reichswehr hinein-
getragen worden. Es sei zu erwarten, daß Offiziere und Mann-
schaften zum Schutz der verfassungsmäßigen Regierung ihre wasser-
tunliche Pflicht in vollem Ausmaß wie bisher tun würden. Die
Masse der unteren und höheren Führer stände auf der Seite der
Regierung. Die Nachricht eines Berliner Blattes, daß General
Maerker, der Befehlshaber der Reichswehr in Sachsen,
an dem Unternehmen beteiligt sei, erscheine als gänzlich unwar-
scheinlich.

Die Organisatoren des Putsches.

Die Leiter des monarchistischen Putschversuchs sind der Kre-
ditedirektor nicht unbekannt. Sie galten früher als die treuesten
Söhne der Regierung und standen in der Reichswehr auf ex-
poniertem Posten. Hauptmann Pabst war bis Mitte vorigen
Jahres Chef des Stabes der Garde-Kavallerie-Schützen-
brigade. Er war Befehlshaber des Oberhotels, als Hofst. Eugen
Luzern und Karl Liebknecht von einer aufgespaltenen Sol-
datschala ermorde wurden. Sein ganzes Verhalten in dieser An-
gelegenheit hat ihn aus höchster Kommandierung. Sonder-
verweise wurde er aber nicht unter Auflage gestellt, sondern das
Gericht seiner Kameraden hielt es nur für nötig, ihn als Zeu-
gen zu vernahmen, wobei ihm die günstigste Gelegenheit geboten
war, der militärischen Lügenmasse, die rings um
das Verbrechen aufgebaut war, noch einige feste Steine hinzu-
zufügen.

Pabst hat aus seinem Munde gegen die Regierung nie ein
Wort gesprochen. Er benutzte seine Stellung in der Reichswehr
nur, um die monarchistische Reaktion zu begünstigen und die
Reichswehr zu einem willigen Werkzeug der Generalität umzu-
formen. Auf seine Veranlassung wurden auch die Sicher-
heitswehr und die Einwohnerverschutz ins Leben gerufen;
beide Organisationen sollten den monarchistischen Waff im
Republik befehligen. Pabst stand mit Rolle in naher persön-
licher Beziehung. Wenige Wochen nach der Ermordung Rosa
Luzernburgs und Karl Liebknechts schickte ihm der
Reichswehrminister aus Anlaß seiner Vernehmung folgendes
Mündungsprotokoll:

Seiner treuen Stütze und dessen junger Gemahlin
sendet die herzlichsten Glückwünsche
Reichswehrminister Roske
nebst Chef des Stabes Major von Olf.

Herr Roske hätte diese „treue Stütze“ sicher noch länger auf
ihrem Posten festgehalten, wenn Hauptmann Pabst nach
der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht selbst
seinen Abschied genommen hätte. Pabst ging von der
Reichswehr, um sich ganz der monarchistischen Geheimorgani-
sation zu widmen. In der Schillingstraße 1 errichtete er unter
einem Pseudonym ein Bureau und arbeitete hier zusammen mit
Oberst Bauer, der rechten Hand Ludendorffs, die Pläne aus, die
jetzt nahe vor ihrer Verwirklichung stehen.

Von seinen nächsten Mitarbeitern Schnitzler und
Gradowitz war der letztere gleichfalls in die Vorbereitung
des Putsches verwickelt. Gradowitz leitete bei der G.-M.-S.-D.
die Spionageabteilung, bereitete die vielen verlogenen
Berichte, die von dieser Stelle in die Presse lanciert wurden.
Sein Meisterwerk aber war der Bericht über die Ermordung
Luzernburgs und Liebknechts, in dem es hieß, daß ein „großer
Menschenhaufen“ vor dem Oberhotel die Gefangenen über-
fallen und halb tot geschlagen und daß Spartakisten die Leiche
Luzernburgs aus dem Auto geholt und verschleppt hätten. Außer-
dem setzte er noch einen Sonderbericht zum Hausgebrauch
für das Oberhotel auf, jenen Bericht, der den Hotelangestellten
verlesen wurde, damit sie von der Wahrheit abgelenkt werden
und zur militärischen Disziplin überführt werden sollten.

Lüttich! Der Name verkörpert alle reaktionären Gewalt-
taten, Ausschreitungen und Zwangsmassnahmen, die von der
Reichswehr ausgingen. Sein Name ist unauslöschlich verknüpft
mit der Abfackelung der 88 ungeschuldeten Matrosen
in der Französischen Straße, mit den vielen handrechtlichen Ge-
schleichen, die vor einem Jahre, gerade in diesen Tagen, vor-
genommen wurden. Lüttich befehligte das Reichswehrgruppen-
kommando 1. Er hat den Roskebefehl, der die Verschlebung jedem
anderte, der mit der Waffe in der Hand kämpfend an-
getroffen wurde, selbstherrlich abgeändert und verfügt, daß jeder
erschossen werden müßte, bei dem eine Waffe gefunden wurde
oder der in dem Verdachte stand, an den Kämpfen teil-
genommen zu haben. Wenn er jetzt immer noch als der Retter
Berlins bezeichnet wird, so wollen wir nicht vergessen, daß von
den Verbrechen, die die Reichswehr unterstehenden Soldaten
im März vorigen Jahres verübt haben, bisher auch nicht ein
einziges seine Sühne gefunden hat.

Lüttich hat sich schon immer mit Putschabsichten getragen.
Mit der Freibe unterzeichnet werden sollte, hätte er die feste
Absicht, die Regierung zu stürzen, durch eine reaktionäre er-
füllen zu lassen und den Kampf gegen die Entente aufzunehmen.
Der Plan kam nicht zur Ausführung, weil sich Lüttich mit dem
General Maerker, der in Sachsen kommandiert, nicht einigen
konnte. Auch diesmal soll Maerker mit Lüttich zusammen-
gearbeitet haben. Die Nachricht, vom „Berliner Tageblatt“ zuerst
verbreitet, ist von der Regierung mittlerweile zwar dementiert
worden, aber es kann wohl gar kein Zweifel darüber bestehen,
daß Maerker für die Republik nicht zuverlässiger ist als Lüttich.
Beide schwören auf die Monarchie. Den einen hat vorübergehend
das Schicksal erreicht, der andere kann adwarten und wie Oberst
Reinhardt die „Zeit für sich arbeiten lassen“.

Die Reichsparteien versuchen ihre Mitschuld an dem
verheerlichen Unternehmen abzulenken. Demgegenüber steht
die auffällige Tatsache, daß die „Deutsche Zeitung“, das schärfste
Organ der Altpreußen, schon am Morgen des 12. März fol-
gende Meldung brachte:

In später Abendstunde wird uns gemeldet, daß Herr
Hauptmann Pabst, der frühere Generalstabchef des Garde-
Kavallerie-Schützen-Korps, und Herr Generalstabchefsleiter
Kopp in Schutzhaft genommen seien. Unsere Bemerkungen, beim
Reichswehrministerium eine Befragung oder erklärende Nach-
richt zu erhalten, waren leider vergeblich.

Diese außerordentlich gute Information ist der deutliche
Beweis für die engen Beziehungen der monarchistischen Offizier-
kreise mit den führenden Persönlichkeiten der Reichsparteien.
Während die gesamte Berliner Presse von dem geplanten Putsch
erst am Freitag mittag erfuhr, wußte die altpreußische Presse schon
am Abend vorher, daß Schutzhaftbefehle gegen die Verschwörer
erlassen sind. Die Meldung der „Deutschen Zeitung“ beweist
aber noch fernerhin, daß die Altpreußen im Reichswehr-
ministerium gute Gewährsmänner haben, die über alles laufend
Bericht erstatten und rechtzeitig Warnungen ergehen lassen, wenn
Befehle im Anzug sind.

Die Truppenteile, die den Putsch durchführen sollten,
werden von der Regierung nicht beim Namen genannt. Es ist
aber bekannt, daß einzelne in Berlin liegende Reichswehregimenter

als Kerntruppen der Monarchisten gien. Des weiteren stützen
sich die Verschwörer auf die in Oßder liegende Marinebrigade II
(Görhard), die aus eingetragenen Monarchisten besteht, immer
noch mit schwarz-weiß-roten Fahnen ergezert und bei allen
Ausfahrten der letzten Monate besondere Stolz-
truppe gestellt hat. Die in Oßder liegenden Baltikumer hatten
gleichfalls ihre Mitwirkung zugesagt. Die Oßderer Truppen
wurden sehr einiger Zeit in dauernder Alarmbereitschaft
gehalten, Nahrung, Kleidung und ausreichende Verpflegung standen
ihnen in genügender Menge zur Verfügung.

In der Provinz stützen sich die Putschisten gleichfalls auf die
Baltikumer. Außerdem sind verschiedene Grenzschutzformationen
fest in ihrer Hand, desgleichen eine Anzahl von Freikorps,
die neben der Reichswehr ihr wildes Dasein weiterführen, ein
besonderes Stützpunkt ist insbesondere die Marinebrigade III
(Vormersfeld), die gegenwärtig in Oßder in Schlesien liegt und
dort durch reaktionäre Kräfte die Bevölkerung terrorisiert. Aber
auch die Reichswehr selber ist für die Regierung keine zuver-
lässige Truppe. Die Führung liegt fast ausschließlich in den
Händen monarchistischer Offiziere, alle republikanischen Elemente
wurden in den letzten Monaten aus der Truppe entfernt, und
so liegt es lediglich an den Führern, ob sie losgelassen werden
sollen oder nicht. Meistens des Pils sind sich die Offiziere alle im Klaren,
höchstens der Weg und der Zeitpunkt zum Losschlagen dürfte ihnen
noch einige Besorgnisse bereiten.

Auch Ludendorff befehligt?

Die Dresdener „Volkswacht“ vom 11. März veröffent-
licht folgendes Schreiben: Dresden, den 5. März 1920.

Unser verehrten Herren Kameraden haben wir hiermit drin-
gend zu einer Vertreterversammlung für kommenden Freitag, den
12. März 1920, mittags 12 Uhr, im Vereinsaal des Sinec-
haus, Dresden, Seminarstraße, ein.

Die Einberufung ist notwendig geworden, weil die auf der
Sitzung vom 25. 2. 20 zwischen der Hauptstadtkommission Berlin-
Charlottenburg und Mitteldeutschland protokolliert festgelegten
Einigungsgrundsätze von Berlin hinterhältig und mit bewußter
Absicht durchbrochen worden sind.

Der Vorstand Mitteldeutschlands ist mit Eggert Luden-
dorff in Verbindung getreten.

Zusammenkunft:
1. Unsere Stellung zur Gruppe Berlin.
2. Weiterentwicklung der Organisation Mitteldeutschland.
3. Anträge.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Der Vorstand,
J. K.: Jankowsky.

Dazu bemerkt die „Volkswacht“:
„Die Einberufung geht aus vom Verband national-
gestimmter Soldaten. Was dahinter steht, weiß der Reichs-
wehrminister so gut wie wir und unsere Leser.“

Danach ist wohl kein Zweifel, daß es sich bereits um
eine über das ganze Reich erstreckende Verschwörung han-
delt, an der die hervorragendsten Führer der Monarchisten
beteiligt sind.

Die militärischen Maßnahmen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist Freitag früh vom Gruppen-
kommando I ein Befehl an die ihm unterstellten Truppen er-
gangen, worin gesagt wird, daß nach eingelaufenen Nachrichten
von radikaler (!) Seite versucht werde, die Regierung zu
stürzen. Die Garnisonen Berlin, Spandau, Oßder und Jossen
werden alarmiert gehalten. Die Offiziere und Mannschaften
werden davor erinnert, daß ihnen der Schutz der verfassung-
smäßigen Regierung anvertraut sei.

Der Schutz der Regierungsgedäude in der Gegend
der Wilhelmstraße, sowie der Reichskanzlei ist unter den Ober-
befehl des Obersten von Trosen gestellt worden. Außer seinen
bisherigen Reichswehregimenten Nr. 6 unterstehen ihm zwei Ab-
teilungen der Sicherheitswehr. Die Wachen werden gemeinsam
von Reichswehr und Sicherheitswehr gebildet. Zwei Batterien
sind dem Oberst von Trosen zur Verfügung gestellt worden.
Der Schutz des Wendlerplatzes, in dem sich das Reichswehr-
ministerium befindet, ist dem Reichswehregiment 20 übertragen
worden.

Auch Oberst Bauer in Schutzhaft.

Wie wir erfahren, soll auch Oberst Bauer in Schutzhaft
genommen worden sein. Bauer war neben dem bekannten Oberst
Nicola der rührigste Berater Ludendorffs im Kriege. Er hat
auch nach der Revolution in enger Verbindung mit ihm ge-
standen und kann als der eifrigste Agitator des Ludendorfftreues
angesehen werden. Der literarische Berater Bauers war der
bereits in Schutzhaft befindliche Schriftsteller Schnitzler. Beide
haben zusammen mit Hauptmann Pabst in der Schillingstraße 1
ein Bureau unterhalten, in dem alle Fäden der monarchistischen
Verschwörung zusammenliefen.

Schutzhaftnahme.

Inhaftnahme des Genossen Heise in Stettin.

Wie uns ein Privattelegramm aus Stettin meldet, ist
der Genosse Heise gestern ohne Angabe von Gründen an die
direkte Anordnung Roskes in Schutzhaft genom-
men worden. Niemand vermag sich den Grund für diese
Maßnahme zu erklären. Es ist unerhört, daß die
Regierung in einem Augenblick, in dem sie genau weiß, daß die
Reaktion zu dem entscheidenden Schloß gegen sie ausholt,
es wagt, Arbeiterführer ohne jeden Grund in Schutzhaft zu
nehmen.

Wir verlangen deshalb die sofortige Haftent-
lassung des Genossen Heise wie der aller übrigen
Schutzhäftlinge. Mit der Schonung der Schutzhaft muß
ebenso aufgehört werden, wie mit dem Belagerungszustand,
dessen Aufrechterhaltung letzten Endes doch nur eine
Ankündigung der Arbeiterklasse bedeutet.

Hungerstreik im Bielefelder Garnisonlazarett.

Uns wird geschrieben:
Die Lazarettinsassen des Bielefelder Lazarett in Bielefeld sind
am Mittwoch in den Hungerstreik getreten, der dadurch begründet
ist, daß die Behandlung durch den Oberabsarzt Dr. Sunkel
unerträglich war, von den Lazarettbeamten Schiedungen mit
Lebensmitteln vorgenommen wurden und wiederholt Maßre-
gungen Mißliebiger stattfanden. Außerdem wurde gedroht, daß

jeder Kranke sofort entlassen würde, der sich zu bekümmern wag-
te die Kranken nach diesen Vorfällen am Mittwoch morgen zu
einer Besprechung zusammenzutreten, wurde das Lazarett
von Reichswehrruppen besetzt und ein Kranter auf
einige Stunden verhaftet. Die Kranken sind daraufhin in den
Hungerstreik getreten.

Wir erwarten, daß die Militärbehörde die erforder-
lichen Maßnahmen trifft, um Krüppel, die im Kriege Opfer
der imperialistischen Willkür geworden sind, schleunigst aus
den diesen Verzweiflungszustand bedingenden unwürdigen Be-
hältnissen zu befreien.

Das internationale Gewerkschaftsbureau gegen den ungarischen Terror.

H.N. Saag, 12. März.

Das Bureau der internationalen Gewerkschaftsbewegung in
Amsterdam protestiert gegen die woge Schreckensherrschaft in
Ungarn und verlangt, daß die Entente einen Druck auf Ungarn
ausüben solle, damit die Gefangenen befreit und die politischen
Verfolgungen eingestellt würden. Von der Antwort Ungarns
und der Entente hänge es ab, welche Schritte das interna-
tionale Sekretariat weiter unternehmen werde. Wahrscheinlich werde
man zu einem internationalen Postamt Ungarns
schreiten.

Der gefesselte Terror in Ungarn. Als Verhandlungster-
min für den Prozeß gegen die Volksbeauftragten der Arbeiterpartei
wurde der 18. März festgesetzt. Zu dem Prozeß sind mehr als
1500 Zeugen geladen worden.

Der Gipfel der Würdelosigkeit.

Selbsterniedrigung eines ungarischen Sozialisten.

Der Nachfolger des ermordeten Genossen Somogyi, der
neue Chefredakteur der „Nepszo“ Johann Banczal, be-
trifft sich mit einem Leitartikel ein, in welchem der Oßder-
henker Gorthy zu seiner Wohl als Reichsverweser
begrußt und in eine Reihe mit früheren Gouverneuren
des Landes, mit Johann Hunyadi und Ludwig Kossuth, ge-
stellt wird. Vier einige Proben dieser Selbsterniedrigung
eines Arbeiterführers und der Schandung des Namens
Sozialdemokrat:

Wir sind die Sprecher der Arbeiterschaft und in deren
Namen grüßen wir Euer Durchlaucht mit einander, mahnen der
Aufmerksamkeit... Eingedenk der Größe der Aufgabe, die Euer
Durchlaucht in diesem von Feinden umschlossenen, aus tausend
Wunden kranken Vaterland zu bewältigen haben, sind wir
zur Ueberzeugung gelangt, daß wir uns an der Arbeit des
Wiederbaues auch schon aus dem Grunde beteiligen müssen,
am Ihre Arbeit, Herr Gouverneur, zu erleichtern...
wenn uns dazu die Möglichkeit geboten wird.

Diese Würdelosigkeit besteht im folgenden: Der bisherige
Lage gegenüber eine verächtliche Politik. Aber nicht
schonig ist, soll streng bestraft werden, aber der Schuldige
darf weder an seinem Leben noch an körperlicher Sicherheit
oder an seiner bürgerlichen Freiheit Schaden nehmen. Die
inmitten hostiler Zustände, durch überlebendes Jurat oder
Uebervorteil ihrer Freiheit beraubt werden, sollen das Ende
ihrer Leiden erleben, damit man den Verfassungshaushalt des
Landes eines höheren Defizits empfinden kann.

Ein Schloßer — wenn auch kein Schiffer — und ein
Poet dazu, dieser Herr Banczal! Und so schreibt er weiter:

Wir werden heute zu sehr mißverstanden, und werden
Bekker und Schulden angehäuft, die wir nicht begangen haben
und nicht bezahlen wollen — und wir können uns nicht ver-
teidigen, nicht reaktivieren.“ Dazu bendigen sie die Arbeit-
freibeit: „Zur nationalen Aufrechterhaltung und Wiederbau,
zur Verbesserung hiesig, unser Maßstab bewahren, bereit-
willig unsere schwelge Hand hin und wir stellen der Würdelosig-
keit Euer Durchlaucht anheim, den Wert oder Unwert dieser Hand
festzustellen.“

Dazu bemerkt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“:
Dieser Text, ausgedrückt von dem Nachfolger Somogyi
auf den politischen Mörder Somogyi, ist wohl das
Empörendste von allen Verirrungen, mit welchen einige
Führer der ungarischen Arbeiterschaft die Welt in Erschrecken
und die Revolutionäre und Sozialisten aller Länder in Ver-
störung versetzt haben. Es schreit nun, daß die entsetz-
lichen Verfolgungen wenigstens einen Teil der Arbeiter-
führer so zermürbt und ihnen das moralische Maßstab ganz
gebrochen haben, so daß ihnen das Gefühl des nicht nur
politisch, sondern auch sittlich Unzulässigen verloren ging.
Es ist bestimmt zu hoffen, daß die ungarischen Arbeiter
dieses Treiben Unwürdiger mit Empörung sehen, und daß
wenn der Tag der Abrechnung kommen wird, mit der
Gegenrevolution auch mit diesen Führern vom Schloß
Banczal aufgeräumt wird. Freilich, nach dieser Probe der
Bestimmungslosigkeit droht dem Nachfolger Somogyi
nicht das ungesühnte und tragische Schicksal seines Vor-
gänger.

Wir stimmen der Kritik der „Wiener Arbeiter-Zeitung“
vollinhaltlich zu. Welch beschämendes Gefühl muß die
ausländischen Genossen und besonders die der Entente-
länder erschleichen, die zum Protest und zur Hilfeleistung
gegen die entsetzliche Mitherrschaft der Weißen Garde des
Herrn Gorthy aufgerufen werden. Kann die eigene Selbst-
achtung tiefer sinken als es hier der Fall ist? Verleitet
Gorthy, der den Befehl zur Ermordung der „Nepszo“-
Redakteure gegeben hat, wird von deren Nachfolger ange-
himmelt. Circumstanzweise ist bei den ungarischen Ar-
beitern das Gefühl für die Schmach eines solchen Verbal-
tens lebendig. Sie haben in vielen Parteiverhandlungen
in Budapest ihrer Empörung über diese unwürdige Haltung
des neuen „Nepszo“-Redakteurs zum Ausdruck gebracht
und dagegen Protest erhoben. Obwohl diese Proben un-
angenehm Sozialdemokraten Daimster oder das Ge-
fängnis bairt, ist das proletarische Empörfühl in ihnen
stärker, als daß sie diese Verächtlichkeit der Arbeiterbewe-
gung an den Fenster der Arbeiterklasse abgeben würden.

Die Erschießung des widerstandsfähigen Franzosen in Bernth N. wie
die amliche Untersuchung ergeben hat, allein durch das Verhalten
der Jagdteilnehmer verurteilt worden. Der deutsche Soldat
in Paris soll auf Grund des vorhandenen Materials bei der
französischen Regierung verurteilt werden und Bestrafung der
Schuldigen sowie Vorbeugungsmaßnahmen gegen ähnliche Ver-
fälle fordern.

Die Streiks in Frankreich. Nach einer Mitteilung der
„Populaire“ kreisen jetzt 300 000 Arbeiter, da sich auch
Norddepartement dem Streik angeschlossen hat. Die Zahl der
streikenden Textilarbeiter in Nordbay beträgt 60 000.

Ein erfolgloser Sieg.

Der Prozeß Erzberger-Selfferich hat den Ausgang genommen, der nach dem Verlauf und nach der Stimmung der Verhandlungen zu erwarten war. Herr Selfferich ist gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, aber er verläßt den Gerichtssaal als Triumphtor, denn die Urteilsbegründung gewährt ihm den Ruhm, nach dem er geistig. Er steht da als der unerhörtste Vorkämpfer höchster politischer Moral, als der Mann, der mit eigener Hand eine Besideule aufgesprochen hat und der das Vaterland durch die Entlassung eines Schüldlings rettete.

In einzelnen läßt sich an dem Urteilspruch noch viel Kritik üben, obwohl, oder eben weil das Gericht sich selbst das Lob erteilt, mit ganz besonderer Objektivität vorgegangen zu sein. Es hat sich nach seiner Versicherung von der vorstelllichen, Lächer in der Kriminaljustiz selten genug erkennbaren Mängel leiten lassen, den Charakter der Hauptperson zu studieren, da, wie er so schön sagt, die einzelnen Handlungen eines Menschen nur aus der Kenntnis seines Charakters allseitig zu würdigen seien. Leider kann nicht zugesehen werden, daß das Ergebnis, zu dem es gelangt ist, in allen Teilen zutrifft, und, was schlimmer ist, das Gericht hat veräußert, auch das Milieu, in dem Erzberger stand, einer ebenso genauen Untersuchung zu unterziehen und den Versuch zu machen, seine Handlung an aus seiner Umwelt zu erklären.

Wir haben den Standpunkt vertreten und vertreten ihn auch heute, daß der Zentrumabgeordnete und Reichsfinanzminister in unerfreulicher Weise die Politik mit dem Geißel veräußert hat, und daß er seine Finger in manche Dinge hineingesteckt hat, denen er um der Sauberkeit willen besser ferngeblieben wäre. Ihn zu verurteilen, haben wir keinen Grund. Aber wir erklären manches von dem, was geschehen ist, aus seiner Entwicklung und aus seiner Stellung, und wir sind vor allem weit davon entfernt, in ihm eine Ausnahmeerscheinung zu sehen. Es liegt im Wesen des Parlamentarismus im kapitalistischen Staate, daß bürgerliche Volksvertreter gar zu leicht die Grenze überschreiten, jenseits deren die Politik in die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen gerät, und wenn Herr Erzberger in seiner Vielgeschäftigkeit, was die Zahl der Fälle anlangt, mehr geschäftig haben mag als andere, so ist es doch ein starkes Charakteristikum, wenn jene Abgeordnete, die mit der Industrie oder mit der Finanzwelt durch Ausschrittsstellen oder auf andere Weise verbunden sind, mit frommen Augen aufschlagend Gott öffentlich danken, daß sie nicht sind wie dieser Böllner.

Auch die Art, wie das Gericht die Unvorsichtigkeit des Nebenklägers bewerten will, gibt zu mancherlei Bedenken Anlaß. Es wollte sich bei seiner Urteilsfindung von politischen Erwägungen fernhalten. Der Plan war an sich gut, aber es dürfte in dieser Beziehung nicht so weit gehen, daß es die politische Situation, aus der heraus Erzberger handelte, völlig unberücksichtigt ließ. Es ist lächerlich, dem Vater der Friedensresolution einen Vorwurf daraus zu machen, daß er Bethmann Hollweg über seine Absichten im Unklaren ließ, und es heißt Herr Selfferich ein über das Maß des Erlaubten hinausgehendes Eingeständnis machen, wenn man den Vorwurf der Unvorsichtigkeit des Hofes für berechtigt erklärt, weil Herr Erzberger den Kanzler nicht von vornherein darüber unterrichtet hat, daß er ihn stützen wolle. Die Methoden des politischen Kampfes, noch dazu in einer so erregten Zeit, wie es der Sommer 1917 war, lassen sich nun einmal nicht mit dem Maßstab der Moraltheologie messen, und das Gericht hätte wahrlich gut daran getan, diese Dinge überhaupt zu lassen oder auch bei Herrn Selfferich eine Charakterprüfung vorzunehmen, ob er in seiner politischen Tätigkeit immer jene sinnliche Offenheit an den Tag gelegt hat, deren Fehlen es seinem Gegner als Verbrechen anrechnet.

Andererseits ist indessen wohl verständlich, daß das Gericht in die Verhältnisse der Friedensresolution mit so viel Liebe und so viel Eifer eindringt, denn hier liegt die Schlüssel zu der ganzen Affäre. Der Angeklagte ging davon, den Mann unerschrocken zu machen, der es zuerst wagte, den Finger in die Wunde der deutschen Kriegführung zu legen und sich den Erörterungsfragen der Eliten, die sich von Selfferich in der Regierung aus beste vertreten wußte, entgegenzustellen. Der Feldzug gegen Erzberger trug den Charakter der Revanche, und er wurde um so erbitterter geführt, als der Angegriffene sich insofern zur Stütze einer den Angreifern tief verhaßten Staatsform entwickelt hatte und sich bereit zeigte, in seiner Eigenschaft als Finanzminister, die Kapitalisten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, für die Sünden büßen zu lassen, die sie an Deutschland begangen haben. Alles andere war nur Mittel zum Zweck. Die persönliche und die politische Moral des Herrn Erzberger wurde nur in zweifacher Hinsicht gewahrt, weil man auf diesem Wege am besten zu seiner Verechtigung zu gelangen hoffte. Der Kampf, der im Parlament für erste Ausschließung stattfand, wurde in dem Gerichtssaal getragen. Das Gebiet der politischen Auseinandersetzungen wurde verlassen, weil man sich von einem Prozeß vor Richtern, die ihrer eigenen Gedankenwelt nach Herrn Selfferich näher sehen müssen als Herrn Erzberger, besseren Erfolgs versprach.

Das schließlich mehr beachtet wurde als nur die Erledigung des einen Mannes, lag von Anfang an auf der Hand und zum Beweise dessen bedürfte es nicht der Zweifel, die jetzt von der reaktionären Presse angezettelt werden und die darin gipfen, daß Erzberger in seinem Schritte auch noch andere miteinziehen werde. Es ging gegen die Regierung und es ging gegen die Republik und Selfferichs Unternehmungen liefen parallel oder unbenutzt dem militärischen Vordruck parallel, den der gütige Tag enthüllt hat. Es wird freilich dem Sieger von Moskau nicht gerade annehmbar sein, daß die Pläne seiner beimlichen Bundesgenossen gerade jetzt an den Tag gebracht worden sind. Er muß mit Recht befürchten, daß seine Aktion dadurch um die Wirkungen gebracht wird, die er von ihr erhofft hat.

Eine Rundgebung der Kriegsteilnehmer. Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer veranstaltete am Sonntag, den 14. März, um 11 Uhr, im großen Saale der Kammerstraße, Kellerstr. 1 bis 4, eine große Rundgebung gegen die neuesten Ausschreitungen der Reaktion. Es werden sprechen Herr Hauptmann Wilhelm Reber, Otto Kuschke, Karl Reiter, Hugo Brodel, Artur Bidler. Auch einige ausländische

Friedensfreunde haben ihr Erscheinen zugesagt. Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei Boie und Woz und bei H. Wegelheim sowie an der Kasse erhältlich. Preis 1 Mk. Höflicher Besuch wird erwartet.

Wer schloß das Hohenzollernvermögen?

Geselle Dr. Kurt Rosenfeld schreibt uns: Unter dieser Überschrift brachte der „Vorwärts“ im Anknüpfung an die Debatten der Preussischen Landtagsversammlung über die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern einen Artikel, in dem er, gestützt auf amtliches Material, behauptete, daß hätte als Justizminister das Hohenzollernvermögen geschloß. Ich bemühte mich sofort, Einsicht in die Akten des Justizministeriums zu erlangen, um ebenfalls auf Grund amtlichen Materials die Angaben des „Vorwärts“ richtigstellen zu können. Aber ministerielles Aktenmaterial ist heute nur dem „Vorwärts“ zur Verfügung. Mit wurde die Einsicht in die Akten des Justizministeriums aus prinzipiellen Gründen verweigert. Lediglich die Abschrift eines von mir feierlich entworfenen Gutachtens wurde mir jetzt endlich zur Verfügung gestellt.

Der „Vorwärts“ behauptet zunächst, daß ein von der Preussischen Regierung vom 30. November 1918 herausgegebenes Gesetz nur sämtliche zum Preussischen Kronvermögen gehörenden Gegenstände beschloß, nicht aber, daß der Erlaß oder ausdrücklich hervorgehoben habe, daß das nicht zu diesem Vermögen gehörende Sondervermögen des Königs oder der Königin erlassenen Beschlusses, betreffend Beschloßnahme des Vermögens des Königlich Haus, lautet wörtlich: „Die Beschlusses der Preussischen Regierung vom 13. November 1918, betreffend Beschloßnahme des preussischen Kronvermögens, wird...“

Es ist also gerade umgekehrt wie der „Vorwärts“ behauptet: Auch das Königlich Sondervermögen ist beschloß worden. Gegen diese Behauptung hat Herr Fritz Heide als Bevollmächtigter Wilhelm II. Beschwerde eingelegt. Ich verlangte eine Zurückweisung dieses Einspruches und entwarf eine Erwiderung, in der ausdrücklich hervorgehoben war, daß die Beschloßnahme „kein unzulässiger Eingriff in das Privatvermögen“ ist. Ich schrieb ferner in bezug auf die Beschloßnahme wörtlich: „Hierbei (nämlich bei der Beschloßnahme) muß es im Interesse des Staates sein, wenn man behält.“ Diesen entscheidenden Satz verweigert natürlich der „Vorwärts“ vollkommen.

In der Begründung meines Vorschlages auf Zurückweisung des prinzipiellen Einspruches gegen die Beschloßnahme habe ich allerdings in einem nur für das Finanzministerium bestimmte Schreiben ausgesprochen, daß rein juristisch betrachtet, die Beschloßnahme des Privatvermögens der Hohenzollern als ein unzulässiger Eingriff in das Privateigentum angesehen werden könnte. Das wird auch heute von keiner Seite bestritten. Darum handelt es sich hier gar nicht, denn nicht aus rechtlichen Gründen, sondern aus politischen Gründen sollen und dürfen die Hohenzollern nicht mehr die Verfügung über ihr Privateigentum erhalten.

Ich habe also das Hohenzollernvermögen nicht geschloß, wie der „Vorwärts“ seine Leser glauben machen will, sondern ich habe ganz im Gegenteil dafür gesorgt, daß dies Vermögen beschloß wurde. Erst diese Beschloßnahme setzte die Preussische Regierung in die Lage, ihre Hand auf das gesamte Vermögen der Hohenzollern zu legen. Wenn die Regierung jetzt den Auseinandersetzungsvortrag mit den Hohenzollern vorbringt, der diesen ihr Eigentum wieder zurückgibt, so trägt diese Regierung selbst und sie allein die Verantwortung für diese Schädigung der Interessen des Volkes. Die Regierung sucht Mitschuldige, aber sie kann solche nur in ihren eigenen Reihen finden. Ich jedenfalls trage keinen Teil an dieser Schuld.

Sozialdemokratische Regierung ohne Sozialismus. Brantings Programm.

Das Ministerium Branting behält in seinem Programm ausdrücklich, daß es die Regierung im Sinne des früheren Kabinetts weiterführen, an die Lösung der sozialen Fragen aber angeht die Verhältnis im Lande nicht heran-treten werde. Die innerpolitischen Ziele sind: Verbesserung des Gemeindefinanzwesens, Lösung der Wohnungsfrage. In den Fragen der wirtschaftlichen Demokratie und der Sozialisierung sollen sachliche Untersuchungen angestellt werden. In der äußeren Politik will die neue Regierung ebenfalls die Haltung ihrer Vorgängerin einnehmen, die Verhandlung und die politische Annäherung an die anderen Länder fördern.

Die französische Arbeiterschaft gegen die Schiedsgerichte.

Der Gesandtschaftsbericht über die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts hat in der französischen Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen.

Eine Abordnung der Allgemeinen Arbeitervereinigungen sprach bereits gestern aus diesem Anlaß beim Minister für öffentliche Arbeiten vor. Die Allgemeine Arbeitervereinigungen sehen in diesem Gesetz eine gegen die ganze Arbeiterklasse gerichtete Unterdrückungsmittel, die nicht gebildet werden dürfen. Die Arbeiterpresse aller Schattierungen lehnt das Gesetz in der schärfsten Weise ab.

In der „Bataille Socialiste“ schreibt der Generalsekretär Jouhaux: „Glaubt man wirklich in unseren politischen Kreisen, daß die organisierte Arbeiterschaft gutwillig das obligatorische Schiedsgericht annehmen wird, kann gibt man sich Illusionen hin.“ Das „Journal du Peuple“ erklärt, daß dieses Gesetz die Unterdrückung der Gewerkschaften bedeute. In der Kammer werde es zweifellos angenommen werden. Der Senat werde ebenfalls zögern; jedenfalls aber stehe eines fest, daß nämlich die Arbeiter Herrn Deschamps ins Gesicht lachen werden. — Auch die „Humanité“ betont, daß die Regierung zum Schutze des Bürgerrechts zu ausgesprochenen Unterdrückungsmitteln greife, und glaubt, daß Widerstand diesen Gesandtschaftsbericht nur unter dem Einfluß von Vorurteilen einbrachte hat, der nur auf den günstigen Moment warte, um die Regierung zu stürzen.

Rechtsorientierung im Zentrum.

In einer Zentrumsversammlung zu Köln hat es dieser Tage der Parteivorstand für notwendig gehalten, seine politischen Freunde vor dem Diebstahl in mit der Deutschen Volkspartei zu warnen. Es habe ein gefährliches Spiel treiben, wenn Zentrumsleute auf diese ehemals liberale Partei als auf eine Gruppe hinwies, bei der man auch seine Stelle

aufflagern“ könnte. Schon habe sich ein liberaler Redner in Form von darauf bezogen, daß in den Reihen des Zentrums zu Köln erklärt werde, daß sich gegen einen Beitritt der Deutschen Volkspartei nichts einwenden ließe.

Das Bestreben, sich nach rechts zu orientieren, muß doch ziemlich ernst zu nehmen sein, wenn der Kölner Parteivorstand in öffentlicher Versammlung dazu Stellung nimmt.

Die amerikanische sozialistische Partei für die dritte Internationale.

Die Amerikanische sozialistische Partei hat sich durch eine Abstimmung, an der sich aber nur ein kleiner Prozentsatz der Mitglieder beteiligte, für den Anschluß an die dritte Internationale ausgesprochen. Der Beschloß ist freilich recht hart verhandelt. Es heißt da, die Partei erklärte sich für die Moskauer Internationale nicht sowohl, weil sie das Moskauer Programm und seine Methoden unterbreite, sondern, weil Moskau etwas tue, was tatsächlich geeignet sei, dem Imperialismus der Welt einen Stoß zu versetzen. Außerdem sei „Moskau“ durch die vereinigten kapitalistischen Mächte bedroht, nur weil es profetarischen Charakter trage. Unter diesen Umständen ist es, ganz gleichgültig was wir nachher zu Moskau zu sagen haben, Pflicht der Sozialisten, zu ihm zu stehen, weil sein Fall den Fall der sozialistischen Republiken in Europa und also die Verwirklichung der sozialistischen Hoffnungen auf lange Jahre hinaus bedeuten würde.“

Die Amerikanische Sozialistische Partei scheint sich dem Zentrum hinzugeben, daß außer Sowjetrußland in Europa noch andere sozialistische Republiken vorhanden seien. Im übrigen ist ihre Einstellung nicht zu übersehen. Die Partei zählt in dem ganzen Vereinigten Staate über 30-40 000 Mitglieder.

Sowjetrußlands Friedensbedingungen für Rumänien.

Bern, 12. März. Die aus Bukarest gemeldet ist, hat die Moskauer Sowjetregierung folgende Friedensbedingungen für einen Frieden unterbreitet. 1. Anerkennung der Sowjetrepublik, 2. Annahme für alle rumänischen Deserteure und politischen Flüchtlinge in Rußland, 3. Bezahlung aller von der russischen Armee in der Moldau und in Dobrudden zurückgelassenen Ausrüstungen und Depots. Als Gegenleistung verpflichtet sich Sowjetrußland, den in Moskau befindlichen rumänischen Goldschatz zurückzugeben und die Rechte Rumäniens auf Dobrudden anzuerkennen.

Streik in Warschau. Zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter sind in Warschau die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerte, der Druckereien und der Kommunalbetriebe am Donnerstag in den Streik getreten.

Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom Freitag, 12. März. Zunächst wurde der Gesandtschaftsbericht zur Ausführung des Artikels 13 Abs. 2 der Verfassung, wonach die Reichsversammlung, ob eine landesrechtliche Vorchrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist, das Reichsgericht zuständig sein soll, ohne Ausspruch in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgte die dritte Lesung des Abperschäftssteuergesetzes, das nach Ablehnung eines deutschnationalen Antrages gegen die Stimmen der Rechten endgültig angenommen wurde. Hiernach stand die zweite Lesung des Gesandtschaftsberichtes über die Beschäftigung von Schwerkrriegsbeschädigten

auf der Tagesordnung. Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, einen Schwerkrriegsbeschädigten für eine offene Stelle anderen Bewerbern vorzuziehen. Mit der Beratung verbunden wird ein Antrag Dr. Heine (D. L.), sich mehr als bisher der Kriegsbildeten anzunehmen.

Hg. Jansche (So.): Wir begrüßen das Gesetz, nur bedauern wir, daß überhaupt ein solches Gesetz notwendig ist. Die Rechte darf unter keinen Umständen eine geringere Lohnzahlung bedingen. Dem Antrag für die Kriegsbildeten stimmen wir zu.

Hg. Gesele (Dem.): Der Grundgedanke des Gesetzes muß wohl bald auch auf alle Invalidenrentner ausgedehnt werden.

Hg. Bruch (Nat. Lp.): Wir stimmen dem Entwurf zu.

Hg. Brühl: Die armen Kriegsbildeten werden mit ein paar Pfennigen abgepreßt, während die für den Krieg Hauptquartieren Millionen nachgeschossen erhalten. Gerade die nächsten Wochen mit ihrer ungenügenden Verpflegung werden die Not dieser Kerlchen der Armen ungeheuer steigern. Wir fordern, daß

bereits bei 33 1/2 Proz. die gleichen Vergünstigungen

geteilt werden müssen. Denn es ist oft dem Zufall, oder dem guten Willen des Krieges überlassen, in welche „Beschleunigung“ der einzelne kommt. Die Verursachenden haben sich immer bemüht, die Renten herabzusetzen. Wir sind nicht dafür, neue Härtegesetze zu schaffen, sondern schlagen dazu die bereits bestehenden Provinzialbeihilfen vor. Damit wäre auch die Arbeitslosenfürsorge zu verbinden, um allen bis jetzt noch Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen. Die Vereinfachung der Fürsorgetätigkeit mit dem Arbeitsnachweis hätten wir in den Provinzialbehörden für am besten gegeben.

Der Antrag des Genossen Brühl wird abgelehnt. Die Vorlage wird darauf in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen, ebenso der Antrag über die Kriegsbildeten.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag; Notrat, Übergang der Eisenbahnen auf das Reich.

Betriebsräte.

In die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Um eine endgültige Abrechnung des Wahl- und Propagandafonds des Volksgewerksverbandes zu können, versuchen wir nunmehr nachmittags unter allen Umständen die Berliner Arbeiter zu bewegen, sich für den Propagandafonds abzurechnen.

Die Arbeiterschaft muß sich von ihren Funktionären, die Worten zum Propagandafonds begeben haben, eine Rechenschaft über die Endabrechnung vorlegen lassen. Sie zur schnellen Abrechnung veranlassen.

Neue Wahlen und Warten ist die sozialistische Arbeitervereinigungen können nämlich in der Zeit von 0-7 Uhr im Sekretariat, Klingstraße 24 III, abgeholt werden. Auch hier muß die Arbeiterschaft ihre Funktionäre prüfen, ob sie ihrer Pflicht nachkommen. Die Betriebsräte müssen verschaffen, daß eine zentrale für Heimatsdienst steht und nicht zur Verfügung.

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins.

Gewerkschaftliches.

Berufspolitik oder Klassenkampf.

Die Krise im Buchdruckgewerbe.

Die Lohnbewegung der Buchdrucker hat noch nicht zum offenen Konflikt geführt und schon jetzt das alte Spiel ein: die bürgerliche Presse betet den Rosenkranz vom politischen Streit...

Das wollen wir heute feststellen, daß Mitglieder des Berliner Gewerkschaftsrates... Und warum? Die Herren wollten eine Niederlage der Metallarbeiter...

Wir beschließen befinden und selber in der nächsten Lage, wenn es auf dem Wege der Verständigung nicht weiter geht...

Das schreibt während einer Lohnbewegung das Verbandsorgan des Deutschen Buchdruckerverbandes... Der Berliner Gewerkschaftsrat denkt ebenfalls wesentlich anders...

offenbaren Lügenmärchen sich zur Wehr zu setzen.

Und nun wollen wir den Gewerkschaften zurückführen in die Zeit der schärfsten Lügenkampagne während des Kampfes der Metallarbeiter...

Haben dies auch die Buchdrucker in gänzlicher Verleumdung der Lage getan, so rufen wir ihnen doch am Vorabend... Die neuen Teuerungszulagen für Metallarbeiter.

Infolge der rapiden Steigerung der Lebens- und Bedarfsartikel hat sich die Lebenshaltung in Berlin veranlaßt...

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Die selbsterhaltenen Arbeiter selbst gezahlte Teuerungszulage (Schichtzulage) von 6 M. pro Woche kommt in Fortfall.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

„Ja, weil du das eine mit konnt, soll ich's Himmelweit andere können;“ murmelte die Kleebinderin.

„Gute Nacht, Mutter,“ sagte Mutterl und zog tief einatmend, die Decke an sich.

Die Kleebinderin begann nun eine ernste Selbstschau zu halten. Wozu war auch das leidige Geiz? — riefte sie sich vor.

„Schau!“ rief sie halblaut, „schafft Kon?“ „Nein, Mutter.“

„Ja, Mutter.“ Mehr sagte er nicht, aber darüber, wie er es sagte, war die alte Frau recht vergnügt.

So fanden sich denn am Sonntagmorgen die vier Leute im Kleebinderhäusel zusammen. Die beiden Bäuerinnen saßen sich gegenüber und hatten sich weder Liebes noch Leides, sondern sprachen vom Wetter und vom Wirtschaften.

Vom nächsten Tage ab galt es im Dorfe für ausgemacht, daß nunmehr alles zwischen dem Kleebinder Mutterl und der Hinzhofer Selen in Richtung sei.

Sollte sie wieder oder Schulters abgetragen, so sagte sie zu Mutterl: „Nun, schon einmal, wie schnell das rüber ist.“

ihnen zu lähen. Am Sonntag aber — das verspricht sie — geht sie mit ihm auf den Tanzboden.

„O, du mein Gott,“ klang die Kleebinderin, „die Dirn' hat ein' Stolz, wie ich nie glaubt hab' und je mehr der Bub' unterdunkt, je stolzer tut sie und mit allem stellt er sich aufsteden.“

Er sollte sich nicht zufrieden, er war es wirklich. Dieser wie eine, die sich k'aring' nicht, muß ihm doch die Dirn' sein, die sich vielleicht ein bissel a' hoch halt', aber doch mit zu gut für ihn.

„N.“ Doch schöne Mädchen gern unheimbare neben sich dulden, dürfte nicht schwer zu erklären sein und daß letztere sich den ersteren aufdrängen, hat seinen Grund wohl darin, weil im Umgang mit einer so viel Unvordenen vielseitigere Aufschlüsse über das zu erwarten stehen.

der Maschinen und Geizer... die Verhandlungen hierüber... am 10. März... es ist unklar, ob der... Vertrag... am 1. April d. J. abläuft.

Tuchdruckerstreik in Worms. Seit Donnerstag befindet sich das ganze Druckerpersonal der Wormser Zeitungen im Ausstand; die Zeitungen können daher nicht erscheinen.

Die Krankenkassenangelegenheiten nahmen in einer gut besuchten Versammlung den Bericht über die Verhandlungen vor dem Oberverwaltungsamt über die beiderseitig eingebrachten Tarifentwürfe entgegen. Das Verhandlungsergebnis ist, daß eine Einigung über die Tarifentwürfe nicht zu erzielen war.

Nach dem neuen Befoldungsgesetz soll dann der Tarifvertrag für die Krankenkassenangelegenheiten abgeschlossen werden. Es soll jedoch zu den bereits geschlossenen Tarifverträgen für Verarbeitete ein erneuter Zuschlag von 150 Mark für männliche Unterbeihilfete 120 Mark und für weibliche Angestellten 100 Mark pro Monat gefordert werden.

H. G. O. Hennigsdorf. Die Listen für gefammelte Gelder liegen am Montag und Dienstag, 15. und 16. März, vormittags 9 bis 12 Uhr nochmals zwecks Einziehung aus Streiklokale Lothringers Straße. Die sich auch dann nicht Meldenden können wegen der Berechnung später bei der Auszahlung nicht berücksichtigt werden.

unseres Vertreters zugunsten des Gesetzes. Die Regierungsparteien waren händig gespalten.

Die Steuererhöhung auch in Charlottenburg beschlossen.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurde der Antrag des Magistrats, den Steuerzuschlag um 50 Prozent zu erhöhen, ohne Rücksichtnahme mit Rücksicht auf den Anstieg der Erhöhung durch die Erhöhung der Preissteigerung, der Rohstoffpreise und einiger sonstiger in den letzten Wochen eingetretener Ausgaben unvermeidbar geworden sei.

Zu einer heftigen Debatte mit den Bürgerlichen führte die Vorlage über die Gewährung billigerer Milch an die minderbemittelte Bevölkerung. Leiter der Antrag des Ausschusses hinausgehend hatte die unabhängige Fraktion beantragt, daß Kindern bis zu sechs Jahren die verbilligte Milch gewährt werden solle.

Daß in derselben Sitzung auch die Vorlage des Magistrats über die Selbstbewirtschaftung des Riesenguts von derselben Mehrheit in den Laufs gesehen wurde, zeigt, daß bei ihr die engstirnige Eigenart stets über die kommunikalischen Interessen liegt. Weder der Hinweis auf die Aufgaben der Stadt zur Sicherung der Ernährung ihrer Bevölkerung noch die Tatsache, daß der jetzige Besitzer Riesengut in eine erzieht hat und bei der Beförderung des Bodenertrages weiter erzielen wird, die der Allgemeinheit einbezogen werden, konnten an diesem Ergebnis etwas ändern.

Erbauliches aus Lichtenberg.

Die Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Donnerstag u. a. mit den geradezu fantastischen Möglichkeiten in der Lebensmittelversorgung, die für die Stadt gefordert werden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die die Lebensmittelversorgung der Stadt zu untersuchen hat. Der jetzige Leiter des Lebensmittelamtes, Stadtrat W. H. (H. G. P.), erklärte, daß der Magistrat allen Vorkehrungen rücksichtslos nachzugehen werde.

Fortgang der Stadt dadurch sehr gestiegen. Die im Herbst des vorigen Jahres 20 000 Zentner Kartoffeln, die für Lichtenberg bestimmt waren, erlösten sich. Die Reichslandwirtschaftliche Kommission hat aber 10 000 Zentner dänischer Kartoffeln zugewiesen, so daß die Versorgung in absehbarer Zeit besser werden dürfte.

In der weiteren Aussprache wurde von bürgerlicher Seite die Zentralisierung der hiesigen Lebensmittelversorgung gefordert. Der bürgerliche Stadtverordnete Dr. Schmitt erklärte, daß Dr. Junge nicht nur unter, sondern auch gänzlich unfähig gewesen sei, seine Aufgaben zu erfüllen.

Die juristische Sprechstunde fällt bis auf weiteres aus.

Das Untersuchungsausschüsse der Groß-Berliner Arbeiterkassen wird am Sonntag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr, Schillerstraße 5, den Obmann der Betriebe Rechnung legen, auch soll die Wahl von Kommissionsmitgliedern erfolgen. Zu diesem Zweck ist es aber notwendig, daß die Obmann der Betriebe erscheinen. Die letzte Sitzung mußte wegen geringer Beteiligung verlagert werden.

Zur Organisation der Verkehrsvereine werden von heute, den 13. ab, zwei neue Rüge auf der Straße Schleißer Bahnhof-Bernewalden eingelegt. Beide Rüge verlaufen nur an Werktagen, und zwar Rüge 719, an Schleißer Bahnhof, Bernewalden, 4.00, an Bernewalden 5.07 nachmittags. In der Gegenrichtung wird der Rüge 708, bisher nur zwischen Tiefenke und Bernewalden, nach Berlin durchgeführt.

Schönberg. Elternbeiträge und Erschleutel Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Siemens-Gymnasium, Hohenzhausen- Ecke Ränderer Straße (Zimmer 129) spricht Dr. Löwenstein über: Wie wirkt ein U. S. P.-Elternrat.

Lebensmittelkalender.

Reinickendorf. Die obere Alterskarte Abschnitt 4 und Jugendkarte Karte ausgegebene handelte Milch kann auch in den Konsumgeschäften gekauft werden, und zwar erfolgt die Ausgabe auf die Jugendkarte gegen jährliche Abrechnung des Anmeldeabschnittes Nr. 50.

Aus den Organisationen.

18. März, 3. Abteilung. Montag abends 7 Uhr Abteilungsversammlung in der Schulaula Tempel Straße 18/20. Tagesordnung: Vortrag, Stellungnahme zum Reorganisationsrat und Wohl der Delegierten.

Bereinskalender.

H. G. P. Fraktion der Vereinigung sog. Lehrer. Sitzung am Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr Lehrerereinshaus (Zimmer 12) an der Tegel am Eingang. Tagesordnung: Organisation unserer Elternbeiträge.

Groß-Berlin.

Das neue Berlin.

Der 17. Ausschuss der preussischen Landesversammlung über die Bildung einer Stadtgemeinde Berlin beriet gestern über den letzten Paragraphen und beschloß einige neue Übergangsbestimmungen. Zu einer längeren Debatte führte die für Berlin besonders vorgehende einheitliche Schuldeputation.

Die Bezirksgrenzen für Berlin wurden den Vorschlägen des Berliner Magistrats entsprechend festgesetzt. Danach wird Berlin in sechs Bezirke mit sechs Bezirksämtern und sechs Bezirksversammlungen eingeteilt. Die 20 Verwaltungsbezirke werden zu 15 Wahlkreisen zusammengeworfen.

Das ganze Gesetz wurde mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen. Das Zentrum enthielt sich der Stimme, da es die Fraktion entscheiden lassen will.

Nach dem Gang der Dinge ist mit der Annahme des Gesetzes zu rechnen. Es ist beabsichtigt, das Gesetz noch vor den Osterferien im Plenum zu verabschieden. Am Montag tritt eine Redaktionskommission zusammen, um das Gesetz nach der technischen Seite zu überprüfen.

Die von der Kommission geleistete Arbeit war eine sehr mühselige und knappe. Wiederholt stand das Schicksal des Gesetzes auf Messers Schneide. Oft entschied die eine Stimme

Metallankauf. Zahlr. für Kupfer, Messing, Zinn, die höchsten Preise. Richard Goerke, Nauenstr. 39. Mitglied des Vereins der Metallhändler Groß-Berlin.

Lumpenfabrik S. Scheffel. Zahlr. Schneidern für jede Art Wolllinnen Exportpreis. Kl. Markusstr. 7. Königl. 6237.

Ausgekämmtes Frauenhaar. Zahlr. höchste Preise. L. Rosenthal, Alie Schönhauser Straße 89 v. 11.

Möbel gegen bar. und auf Teilzahlung zu mäßigsten Preisen. Bürgerliche Wohnungsarrangements. Wohnzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. Einzelne Möbel, Farbige Küchen. Beiser, Lothringers Str. 67.

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung. Futterstoffe / Kapelle. Konfektion für Damen u. Mädchen. Maßanfertigung. C. Pelz, SO 26, Kottbuser Str. 1.

MÖBEL Spezialität: Brand, Eisenwaren, Bekleidungs- u. Sportartikel schon seit 50 Jahren bei Barthele, Zoradorfer Str. 54.

Kresser. Zahlr. und die besten... Preisliste: 1. 1000, 2. 1500, 3. 2000, 4. 2500, 5. 3000, 6. 3500, 7. 4000, 8. 4500, 9. 5000, 10. 5500, 11. 6000, 12. 6500, 13. 7000, 14. 7500, 15. 8000, 16. 8500, 17. 9000, 18. 9500, 19. 10000.

Beilmüssen. Beirteilung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausw. unvers. Acc. d. B. z. bewährte ges. gesch. Methode. Institut Ing. b. scht. München 21, Königsplatz 12.

Altmetalle. Lampen, Papier u. Eisen kauft ständig zu den höchsten Tagespreisen. H. Samuelsohn, BERLIN SO 26, Nauenstraße 38 an der Oranienbrücke. Amt. Maxstr. 26/27.

Elektromstore. Gleichstrom u. Drehstrom kauft. Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 16. Tel.: Lützow 3718 und 8518.

Quecksilber Kupfer Messing Blei Zink. Zahlr. die höchsten Tagespreise. Metallankauf, Neue Jakobstrasse 20, Kommandantenstr. 77-78. Fernruf: Zentrum 5705. Größt. Posten werden abgeholt.

Kupfer Messing Blei Zinn Eisen. Zahlr. die höchsten Tagespreise. Fuchs & Wild, Kottbuser r. 10 (am Bahnh. Yorkstr.)

Preisstu 2. Kupon... bis 14,00 Mk. p. kg. Messing... bis 12,00 Mk. p. kg. Leichtmessing 7,00 Mk. p. kg. Blei... bis 4,50 Mk. p. kg. Zinn... bis 3,50 Mk. p. kg. Tasche, Halle-Alliance-Str. 98, Langenbeckstr. 4, 1. u. 2. Etage, Wilmersd., Heilmardstr. 15 a.

Kupferleitungen, Motore, Kabel, Litzen. kauft zu Höchstpreisen. Waßmannstr. 22, im 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50.

Altes Eisen. 100 kg 100.- Mark und ähnliche Metalle kauft. J. Achs, Alte Jakobstraße 84.

Altmittel. Kupfer, Messing, Aluminium, Nickel, Zinn, Eisen kauft zu den höchsten Tagespreisen. Schlosserei NIEMANN, Etappenstraße 52, Hal. Keller, Am Mo. f. 21. Auf Hausnummer achten.

Blei Zinn! Weißmetalle! alle Lieferungen, sofort! Kupfer, Rotgull, Messing, Aluminium, Nickel etc. Verkauf, Lager, Platin, Gold, Silber, Zahnbleche etc. zu höchstem Tagespreis kauft. Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstraße 31, Alex. 4243.

Elektrische Leitungsdrähte. Kabel - Litzen. Dynamometerdrähte kauft höchst zahlend. Silbermann, Neue Kottbuserstr. 22, Fernruf. Alex. 2115.

Metalle. Kupfer, Rotgull, Zinn, Messing, Stahl usw. kauft zu unübertroffenen Tagespreisen. Zuckermann, Elsassers Straße 9, vorn 11, Norden 4661.

Elektrische Leitungsdrähte. Kabel, Litzen, Spulen, Dynamometerdrähte Motoren kauft. Borgwardt, Priorenstraße 44, Moritzplatz 2363.

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung. Der jetzige Zeit entborend sehr preiswert: Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Farbige Küchen, Einzelne Möbel. Ganzliche Möbel können kauft zu Lager. Liefern auch in preiswerten Ratenzahlungen. Möbel-Cohn, Gr. Frankfurter Str. 68, 5 Min. v. Alexanderpl., Pflanzl. Badstr. 47-48, 5 Min. v. H.-Eisenbahn.

Englische Zigaretten! Dicke Türken erstklassige deutsche Marken, extra billige Tige... Winkler, Schindlerstr. 30, Ecke Sch. 100/7.

Stoffe, Futtresachen, Anzugstoffe, Konkurrenzlose, billige, solide, günstige Plüschstoffe, alle Art grobwebige, Auf Wunsch Anfertigung in allen Größen. Auftr. Alex. Ruk. gegenüber Bahnh. Alexanderplatz. Durchschnittliche Entsendungsweg. Preisliste 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910.

Leitungsdräht. Sonndr. dynamometermaterialien kauft. Rößler, Lichtberg, Volkerrstraße 1.

Fahräder. Gummi und alle Zubehörtelle. kauft Sie am besten bei HERMANN GENTZ, FAHRRADHAUS, Steinstraße 40.

Stoffe, Futtresachen, Anzugstoffe, Konkurrenzlose, billige, solide, günstige Plüschstoffe, alle Art grobwebige, Auf Wunsch Anfertigung in allen Größen. Auftr. Alex. Ruk. gegenüber Bahnh. Alexanderplatz. Durchschnittliche Entsendungsweg. Preisliste 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910.

Leitungsdräht. Sonndr. dynamometermaterialien kauft. Rößler, Lichtberg, Volkerrstraße 1.

Gastwirtschaft. sofort zu verkaufen. Vereins- Kaviar, 7. 1. Gegenw. Wilmersd. 11. Berl. 2. Pflanzl. Alexanderstr. 14.

!!! Geld !!! Ihr jede Wertsache. Hochwertige, billige, solide, günstige Plüschstoffe, alle Art grobwebige, Auf Wunsch Anfertigung in allen Größen. Auftr. Alex. Ruk. gegenüber Bahnh. Alexanderplatz. Durchschnittliche Entsendungsweg. Preisliste 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910.

Herr.-Trik.-Hemden. und Hosen Stück 34 M. (Hochwertige, billige, solide, günstige Plüschstoffe, alle Art grobwebige, Auf Wunsch Anfertigung in allen Größen. Auftr. Alex. Ruk. gegenüber Bahnh. Alexanderplatz. Durchschnittliche Entsendungsweg. Preisliste 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910.)

Achtung! Kieleder. Glasen. Röhre. Metall. Stoffe. verkauft Sirenow, Treutowerstraße 211.

Felle. Zahlr. für Ziegenleder, 100 - 150 M. Haren 25.-, Kapell. Schafwolle bis 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-